



Okkupation

Vor 75 Jahren marschierte die Wehrmacht in Ungarn ein und besetzte nach Italien ein weiteres verbündetes Land. Die Kollaborationsbereitschaft in der herrschenden Klasse kam den Nazis entgegen.
 Von Martin Seckendorf

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 19. MÄRZ 2019, NR. 66 · 1,70 EURO (DE), 1,90 EURO (AT), 2,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Abgehängt

Eine Strategie in Sachen Künstliche Intelligenz hat die Bundesregierung nicht anzubieten
3

Angemahnt

Mietkonzepte von Jobcentern und Kommunen gehen an der Realität vorbei. Von Susan Bonath
5

Angedroht

Vor der dritten »Brexit«-Abstimmung: May macht Druck. Corbyn erwägt Misstrauensantrag
7

Aufgebläht

Deutsche Bank und Commerzbank loten Fusion aus. Zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr
9

NATO will Krim

Fünfter Jahrestag der Krim-Übernahme: »Verteidigungsbündnis« stellt Bedingungen, Putin eröffnet Kraftwerke. **Von Reinhard Lauterbach**

Die NATO hat Russland zum Jahrestag des Vereinigungsvertrags aufgefordert, die Krim-Halbinsel an die Ukraine zurückzugeben. Vorbedingung für jede Art von »Normalisierung« oder »Business as usual« sei, dass Russland das »Völkerrecht respektiere«, hieß es in einer in Brüssel veröffentlichten Erklärung der 29 Mitgliedstaaten. Federica Mogherini, Außenbeauftragte der EU, beklagte, dass auf der Krim Menschenrechte verletzt würden, insbesondere die der Krimtataren. Weitere Forderungen der NATO waren die Freilassung aller politischen Gefangenen – gemeint sind proukrainische Aktivisten – sowie der am 25. November beim Versuch des Durchbruchs durch die Straße von Kertsch festgenommenen ukrainischen Marinesoldaten und ein »Ende der russischen Aufrüstung auf der Krim«.

Dass Russland auf diese Forderungen eingeht, erwartet bei der NATO wohl niemand ernstlich. Moskau erklärt regelmäßig, dass die Krim-Frage 2014 ein für allemal entschieden worden sei, und beruft sich auf die 96 Prozent Jastimmen beim Beitrittsreferendum vom 16. März 2014. Dass die NATO gleichwohl Russland zum Rückzug auffordert, ohne eine irgendwie verhandlungsfähige Lösung vorzuschlagen, macht deutlich, dass der organisierte Westen sein Gesicht wahren will, obwohl er offenbar am Ende seines Sanktionslateins ist. Und die Beschwerde über die »russische Aufrüstung« zeigt zwischen den Zeilen, dass die NATO trotz mannigfacher militärischer Demonstrationen im Schwarzen Meer – so finden praktisch in Permanenz »Marinemanöver« der NATO unter Beteiligung der ver-



Hüterin der Menschenrechte: EU-Außenbeauftragte Mogherini bei einer Militärübung im belgischen Rosée (30.11.2016)

bliebenen ukrainischen Marine dort statt – derzeit offenbar nicht bereit und wohl auch nicht fähig ist, die Halbinsel für Kiew zurückzuerobern. Im Alleingang würde die Ukraine dies erst recht nicht schaffen. Die »russische Aufrüstung« mit modernen Antischiffsflugkörpern der Typen »Bastion« und »Kalibr«, die Verstärkung der Schwarzmeerflotte durch neue Einheiten, die Stationierung von landgestützten S-400-Flugabwehrbatterien und Mitteln elektronischer Kriegführung wirkt offenbar abschreckend.

Russland überhörte die Forderungen von NATO und EU auf geradezu demonstrative Art und Weise. Präsi-

dent Wladimir Putin nahm am Jahrestag der Krim-Übernahme per Videokonferenz an der Eröffnung zweier neu gebauter Kraftwerke teil. Diese waren vor einiger Zeit der Grund dafür, dass der Siemens-Konzern in die Schlagzeilen kam, weil dorthin sanktionswidrig Gasturbinen geliefert wurden, die nach den Papieren für ein Kraftwerk auf der Kuban-Halbinsel bestimmt waren, dessen Bau dann eingestellt wurde. Aus der Konkursmasse des dortigen Betreibers hatte der Betreiber der Krim-Kraftwerke die Turbinen erworben.

Inzwischen behauptet Russland, solche Turbinen selbst bauen zu können, und Siemens hat die in das Drei-

eckgeschäft verwickelte Petersburger Tochtergesellschaft inzwischen an einen russischen Staatskonzern verkauft. Aus dem Russland-Geschäft zieht sich der Münchener Konzern gleichwohl nicht zurück. Erst vor wenigen Tagen unterzeichnete er mit dem russischen Verkehrsministerium eine Absichtserklärung über den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Tscheljabinsk und Jekaterinburg im Ural. Zwischen Moskau und St. Petersburg verkehren seit Jahren erfolgreich und ohne Probleme mit den Klimaanlagen die russischen Klone des deutschen ICE unter dem Namen »Sapsan«.

Tote nach Anschlag in Straßenbahn in Utrecht



Utrecht. Bei einem Anschlag mit einer Schusswaffe in einer Straßenbahn im niederländischen Utrecht sind am Montag morgen drei Menschen getötet worden. Neun weitere seien verletzt worden, drei von ihnen schwer, sagte der Bürgermeister der Stadt, Jan van Zanen, in einer Videobotschaft. »Wir gehen von einem terroristischen Motiv aus.« Die genauen Hintergründe des Vorfalles blieben aber zunächst unklar. Laut Polizei wurde nur an einem Ort geschossen. In einer Wohnung wurde Beweismaterial gesichert. Bei weiteren Einsätzen einer Antiterrorereinheit in der Nähe des Tatorts seien angeblich zwei Menschen festgenommen worden, berichtete ein lokaler TV-Sender. Die Polizei begann im Anschluss die Fahndung nach einem 37jährigen Mann mit türkischem Hintergrund. Der mutmaßliche Täter befand sich bis jW-Redaktionschluss weiter auf der Flucht. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 15

Berlin will EU gegen China in Stellung bringen

Brüssel. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat die EU zu Geschlossenheit im Umgang mit China aufgerufen. Um Interessen und Werte gegenüber der Volksrepublik vertreten zu können, sei es ganz wichtig, die Beziehungen als Europäische Union zu organisieren und nicht jeder einzeln, sagte der SPD-Politiker am Montag bei einem EU-Außenministertreffen in Brüssel. Mit Blick auf das Bestreben Chinas, sich an wichtigen Infrastrukturprojekten wie dem Ausbau des schnellen 5G-Mobilfunknetzes in Europa zu beteiligen, warnte Maas zudem vor Blauäugigkeit. Man müsse »natürlich auch sehen, dass China seine strategischen Interessen durchaus auch wirtschaftspolitisch vertritt«, sagte er. Am Donnerstag wollen die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen über den Umgang mit der Volksrepublik beraten. (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Krisensitzung in Paris

Nach »Gelbwesten«-Protesten: Macron fordert »sehr entschlossen« Politik der Härte

Die französische Regierung prüft nach den Demonstrationen der »Gelbwesten« am Wochenende ein härteres Vorgehen gegen »Randalierer«. Präsident Emmanuel Macron berief dazu am Montag eine Krisensitzung im Élysée-Palast ein. Seine Regierung erklärte, es habe Fehler bei der Polizeistrategie gegeben, die zu personellen Konsequenzen führen könnten.

Macron zeigte sich bei dem Krisentreffen nach Angaben eines Vertrauten »sehr entschlossen«, eine Politik der Härte gegen »Gewaltbereite« zu verfol-

gen. Premierminister Édouard Philippe wollte noch am Montag nach jW-Redaktionsschluss Ergebnisse mitteilen. An dem Termin nahmen auch Innenminister Christophe Castaner und Justizministerin Nicole Belloubet teil.

Premier Philippe hatte nach einer ersten Sondersitzung am Sonntag von »Unzulänglichkeiten« bei der Polizei gesprochen. In Paris wird bereits seit längerem über eine Abberufung von Polizeipräfekt Michel Delpuech spekuliert. Aus den Reihen der konservativen Republikaner wird zudem der Ruf nach einem Rücktritt von Innenminister Cas-

taner laut. Macron und Castaner hätten das »Ausmaß der Gewalt unterschätzt«, erklärte Parteichef Laurent Wauquiez auf Facebook. Politiker aus dem linken Lager fordern einen Schwenk Macrons in der Sozialpolitik und damit den Forderungen der »Gelbwesten« nachzukommen.

Das französische Parlament hat bereits ein Gesetz für erleichterte Demonstrationsverbote und ein schärferes Vorgehen gegen Vermummte verabschiedet. Wegen mehrerer Einsprüche kann es allerdings erst dann in Kraft treten, wenn der Verfassungsrat über

seine Rechtmäßigkeit entscheidet. Das sogenannte »Antirandalierergesetz« würde es erstmals Präfekten ermöglichen, ohne richterliche Grundlage Demonstrationsverbote auszusprechen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verurteilte den »Ausbruch von Gewalt und von Zerstörungswut in Paris«, wie Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin mitteilte. »Mit friedlichem demokratischen Protest hat das nichts zu tun«, sagte er. Seibert betonte, Berlin unterstütze Paris im Bemühen, die Sicherheit und Ordnung sicherzustellen. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.173 Genossinnen und Genossen (Stand 1.3.2019)
 www.jungewelt.de/lpg

